

Auslegungsfassung

für den Zeitraum vom 25. August 2025 bis 26. September 2025

Entwurf für eine

Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Strausberger und Blumenthaler Wald- und Seengebiet“

Vom **[Datum der Ausfertigung]**

Auf Grund des § 22 Absatz 1 und 2 und des § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), von denen § 22 Absatz 2 durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020, 2022) und § 26 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362) geändert worden ist in Verbindung mit § 8 Absatz 1, § 9 Absatz 5 und 7, § 12 Absatz 2 und § 42 Absatz 2 Satz 3 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3, 21), von denen § 8 Absatz 1 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I Nr. 28) und § 9 Absatz 5 sowie § 12 Absatz 2 zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I Nr. 9, S. 11) geändert worden ist und in Verbindung mit § 4 Absatz 1 der Naturschutzzuständigkeitsverordnung vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I Nr. 28, S. 2) geändert worden ist, verordnet die Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz:

§ 1

Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen in dem Landkreis Märkisch-Oderland werden als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt. Das Landschaftsschutzgebiet trägt die Bezeichnung „Strausberger und Blumenthaler Wald- und Seengebiet“.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von rund 3.270 Hektar. Es umfasst Flächen in folgenden Fluren:

Gemeinde:	Gemarkung:	Flur:
Altlandsberg	Altlandsberg	10, 23;
	Altlandsberg 1	24;

	Gielsof	1, 3 bis 5;
	Wesendahl	3;
Petershagen-Eggersdorf	Eggersdorf bei Strausberg	1, 4;
Prötzel	Prötzel	1, 2, 9 bis 12;
Strausberg	Strausberg	1 bis 3, 8, 9, 11, 12, 14 bis 19.

Eine Übersichtsskizze zur Orientierung über die Lage des Landschaftsschutzgebietes ist dieser Verordnung als Anlage 1 beigelegt.

(2) Die in Anlage 1 aufgeführte Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000 dient der räumlichen Einordnung des Landschaftsschutzgebietes. Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes ist in den in Anlage 2 dieser Verordnung aufgeführten Karten mit ununterbrochener roter Linie eingezeichnet; als Grenze gilt der innere Rand dieser Linie. Die in Anlage 2 Nummer 1 aufgeführten topografischen Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit den Blattnummern 1 bis 8 ermöglichen die Verortung im Gelände. Maßgeblich für den Grenzverlauf ist die Einzeichnung in den in Anlage 2 Nummer 2 mit den Blattnummern 1 bis 39 aufgeführten Liegenschaftskarten im Maßstab 1 : 2 500.

(3) Die Verordnung mit Karten kann bei dem für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Ministerium des Landes Brandenburg in Potsdam (oberste Naturschutzbehörde) sowie bei dem Landkreis Märkisch-Oderland (untere Naturschutzbehörde) von jeder Person während der Dienstzeiten kostenlos eingesehen werden.

§ 3 Schutzzweck

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes, das Teile der Barnimplatte mit Anteilen des Waldhügellandes des Oberbarnim im Norden und des Strausberger Sanders im Süden umfasst, ist

1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere
 - a) der Böden durch Sicherung und Förderung ihrer Filter-, Speicher- und Austauscheigenschaften und den Schutz des Bodens vor Überbauung, Verdichtung, Abbau und Erosion,
 - b) der weitgehend ungestörten Grundwasserneubildung und des naturnahen Abflussgeschehens im Gebiet sowie der Wasserqualität der Still- und Fließgewässer einschließlich ihrer Uferzonen, der Verlandungs- und Überflutungsbereiche,
 - c) des Regionalklimas mit seinen Kaltluftschneisen sowie die Reinhaltung der Luft durch den Erhalt von siedlungsfreien Räumen für die Frischluftneubildung zur Stabilisierung des Regionalklimas,

- d) der Lebensraumfunktion der naturnahen Quellbereiche, Fließ- und Standgewässer sowie der Schwimmblatt- und Röhrichtzonen,
 - e) des Biotopverbunds entlang der Täler und innerhalb der zusammenhängenden störungsarmen Wälder;
 - f) der Schutz und die Pufferung der im Geltungsbereich der Verordnung liegenden Natura 2000-Gebiete sowie deren Vernetzung;
2. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, insbesondere
 - a) der naturnah ausgebildeten Wälder mit ihrem Vorkommen von bodensauren Eichenwäldern, Eichen-Hainbuchenwäldern, Buchenwäldern, Bruch- und Auenwäldern sowie eines zusammenhängenden, wenig zersiedelten und großflächigen Waldgebiets im Osten Brandenburgs,
 - b) nährstoffarmer Gewässer, der Trockenrasen, der Seggenmoore, der Frisch- und Feuchtwiesen und artenreicher Ackerflächen;
 3. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten und Lebensräumen wild lebender Tier- und Pflanzenarten, insbesondere der nährstoffarmen Gewässer, Röhrichte, der Trockenrasen, Frisch- und Feuchtwiesen, der Seggenmoore und naturnahen Wälder;
 4. die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der eiszeitlich geprägten Landschaft mit ihren naturnahen Wäldern, Wiesen und Weiden, insbesondere auf den weitläufigen Talsand- und Sanderflächen mit den darin eingelagerten Seen, Fließgewässern und Mooren;
 5. die Erhaltung der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft, insbesondere seiner Landschaftsbestandteile wie der Alleen, Burgwälle, Parkanlagen und traditionell gepflegten Wiesen und Trockenrasen.;
 6. die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes wegen dessen besonderer Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung im Einzugsbereich von Berlin.

§ 4

Verbote, Genehmigungsvorbehalte

(1) Vorbehaltlich der nach § 5 zulässigen Handlungen sind in dem Landschaftsschutzgebiet gemäß § 26 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes folgende Handlungen verboten:

1. Bodenbestandteile abzubauen;
2. Niedermoorstandorte umzubrechen oder in anderer Weise zu beeinträchtigen; ausgenommen ist eine den Moortypen Mulm- und Erdniedermoor angepasste Bewirtschaftung, wobei eine weitere Degradierung des Moorkörpers auszuschließen ist;

3. Trockenrasen, Feuchtwiesen, feuchte Hochstaudenfluren, Seggen- und Röhrichtmoore, Bruch- und Auenwälder, Wälder trockenwarmer Standorte, Restbestockungen naturnaher Waldgesellschaften, Quellbereiche, Kleingewässer, naturnahe, unverbauete Seeufer, Bach- und Flussläufe nachteilig zu verändern, zu beschädigen oder zu beseitigen;
4. Bäume außerhalb des Waldes, Hecken, Gebüsche, Feld- oder Ufergehölze, Ufervegetation, oder Schwimmblattgesellschaften zu beschädigen oder zu beseitigen;
5. in Röhrichte einzudringen oder sich diesen wasserseitig dichter als fünf Meter zu nähern;
6. Horst- oder Höhlenbäume zu beseitigen, sowie
7. naturferne Wälder mit überwiegend gebietsfremden Gehölzen zu entwickeln;.

(2) Sonstige Handlungen, die geeignet sind, den Charakter des Gebietes zu verändern, den Naturhaushalt zu schädigen, das Landschaftsbild zu verunstalten, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder sonst dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, bedürfen der naturschutzrechtlichen Genehmigung. Der Genehmigung bedarf insbesondere, wer beabsichtigt:

1. Gebäude und bauliche Anlagen, auch solche, die einer bauaufsichtlichen Genehmigung nicht bedürfen, zu errichten oder wesentlich zu ändern;
2. die Bodengestalt zu verändern, die Böden zu verfestigen, zu versiegeln oder zu verunreinigen;
3. Plakate oder Werbeanlagen sowie Bild- oder Schrifttafeln, ausgenommen zur saisonalen Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, aufzustellen oder anzubringen;
4. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrseinrichtungen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder solche Anlagen wesentlich zu verändern;
5. außerhalb öffentlich-rechtlich zugelassener und gekennzeichnete Plätze sowie von Hausgärten Wohnwagen aufzustellen, ausgenommen während der Ernte und zur saisonalen Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte;
6. Veranstaltungen mit motorbetriebenen Fahrzeugen durchzuführen;
7. Grünland in eine andere Nutzungsart zu überführen;
8. die Bodenbedeckung auf Acker- und Grünland abzubrennen;
9. mit Ausnahme von Obstgehölzen außerhalb des Waldes gebietsfremde oder landschaftsuntypische Gehölzpflanzungen vorzunehmen;
10. außerhalb von öffentlich-rechtlich zugelassenen und gekennzeichneten Plätzen sowie Hausgärten, Kleingärten, Campingplätzen und Ferien- und

Wochenendhausgrundstücken offene Feuerstätten zu errichten oder zu betreiben, sowie

11. Erstaufforstungen vorzunehmen.

(3) Die Genehmigung nach Absatz 2 ist, unbeschadet anderer Rechtsvorschriften, auf Antrag von der zuständigen Naturschutzbehörde zu erteilen, wenn die beabsichtigte Handlung den Charakter des Gebietes nicht verändert, den Naturhaushalt nicht schädigt und dem Schutzzweck nach § 3 nicht oder nur unerheblich zuwiderläuft. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Flächen im Geltungsbereich eines Bauleitplans, für die eine bauliche oder sonstige dem Schutzzweck widersprechende Nutzung dargestellt oder festgesetzt ist, sofern das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Ministerium diesen Darstellungen oder Festsetzungen zugestimmt hat. Diese Flächen sind im Bauleitplan in geeignetem Maßstab kartografisch darzustellen.

§ 5 Zulässige Handlungen

(1) Entgegen § 4 bleiben zulässig:

1. die den in § 5 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes und in § 2 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes genannten Grundsätzen der guten fachlichen Praxis entsprechende landwirtschaftliche Bodennutzung auf den bisher rechtmäßig dafür genutzten Flächen mit der Maßgabe, dass § 4 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 sowie § 4 Absatz 2 Nummer 7 bis 9 gelten;
2. die dem in § 5 Absatz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes genannten Ziel entsprechende forstwirtschaftliche Bodennutzung auf den bisher rechtmäßig dafür genutzten Flächen mit der Maßgabe, dass § 4 Absatz 1 Nummer 3, 6 und 7 und Absatz 2 Nummer 11 gelten;
3. die rechtmäßige Ausübung der Jagd;
4. die den in § 5 Absatz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes genannten Anforderungen in Verbindung mit dem Fischereigesetz für das Land Brandenburg entsprechende ordnungsgemäße fischereiwirtschaftliche Flächennutzung und die Angelfischerei auf den bisher rechtmäßig dafür genutzten Flächen mit der Maßgabe, dass
 - a) § 4 Absatz 1 Nummer 5 gilt, wobei für Fischereiberechtigte und Fischereiausübungsberechtigte das Betreten zum Zwecke des Einsetzens, der Kontrolle und des Entfernens von Fanggeräten und zur ökologisch verträglichen Nutzung abgestorbener Teile von Schilf- und Rohrbeständen gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 des Fischereigesetzes für das Land Brandenburg gestattet bleibt,

- b) Fanggeräte und Fangmittel so einzusetzen oder auszustatten sind, dass ein Einschwimmen und eine Gefährdung seltener und besonders geschützter Tierarten ausgeschlossen ist;
- 5. die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer im Benehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde und mit der Maßgabe, dass
 - a) die Maßnahmen zeitlich und räumlich derart durchgeführt werden, dass ein vielfältiger und standortgerechter Pflanzen- und Tierbestand erhalten bleibt oder sich neu entwickeln kann,
 - b) bei erforderlichen Wasserbaumaßnahmen möglichst natürliche Baustoffe und ingenieurbioologische Methoden verwendet werden,
 - c) keine Pflanzenschutzmittel verwendet werden;das Benehmen gilt als hergestellt, wenn die Maßnahme im Rahmen eines Gewässerunterhaltungsplanes oder im Rahmen einer Gewässerschau mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt wurde;
- 6. die Anlage und Änderung von Straßen und Wegen im Rahmen von Bodenordnungs- oder Flurneuordnungsverfahren im Einvernehmen mit der gemäß § 7 Abs. 1 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes zuständigen Naturschutzbehörde;
- 7. die ordnungsgemäße Unterhaltung der rechtmäßig bestehenden Anlagen einschließlich der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;
- 8. Handlungen nach § 4 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 Nummer 2 und 9 in rechtmäßig bestehenden Baumschulen, Gärten, Friedhöfen, Park- und Gartenanlagen;
- 9. die in Anlage 3 aufgeführten Gebäude und baulichen Anlagen in den jeweils zulässigen Bereichen;
- 10. die sonstigen bei Inkrafttreten dieser Verordnung auf Grund behördlicher Einzelfallentscheidung rechtmäßig ausgeübten Nutzungen und Befugnisse in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang;
- 11. Schutz-, Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, die von der jeweils zuständigen Naturschutzbehörde zugelassen oder angeordnet worden sind;
- 12. Maßnahmen zur Untersuchung von altlastverdächtigen Flächen und Verdachtsflächen sowie Maßnahmen der Altlastensanierung und der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen gemäß Bundes-Bodenschutzgesetz sowie Maßnahmen der Munitionsräumung jeweils im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;

13. behördliche sowie behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen, soweit sie auf den Schutzzweck des Gebietes hinweisen oder als hoheitliche Kennzeichnungen, Orts- oder Verkehrshinweise, Wegemarkierungen oder Warntafeln dienen;
14. Maßnahmen, die der Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dienen. Die zuständige Naturschutzbehörde ist über die getroffenen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten. Sie kann nachträglich ergänzende Anordnungen zur Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck treffen.

(2) Die zulässigen Handlungen des Absatzes 1, außer Nummer 14, gelten nur insoweit diese nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebiets im Sinne des § 33 des Bundesnaturschutzgesetzes führen können.

(3) Die in § 4 Absatz 1 Nummer 5 für das Betreten und Befahren des Landschaftsschutzgebietes enthaltenen Einschränkungen gelten nicht für die Dienstkräfte der Naturschutzbehörden, die zuständigen Naturschutzhelferinnen und zuständigen Naturschutzhelfer und sonstige von den Naturschutzbehörden beauftragte Personen sowie für Dienstkräfte und beauftragte Personen anderer zuständiger Behörden und Einrichtungen, soweit diese in Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben handeln.

§ 6

Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Es werden folgende Maßnahmen als Zielvorgabe für die Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung des Gebietes benannt:

1. Kiefern- und Pappelforste sollen in standortgerechte und strukturreiche Bestände im Sinne der in § 3 genannten naturnahen Laubwald- und Mischwaldbestände umgewandelt werden;
2. Bei der Bewirtschaftung von Wäldern und Forsten sollen überwiegend Arten der potenziell natürlichen Vegetation eingebracht werden. Es sollten heimische Baumarten in gesellschaftstypischer Zusammensetzung verwendet werden.
3. Horst- und Höhlenbäume sind vor einer forstlichen Nutzung zu ihrem Schutz zu kennzeichnen;
4. die Niedermoore sollen durch möglichst geringe Grundwasserflurabstände stabilisiert werden;
5. nicht mehr benötigte landwirtschaftliche, militärische, gewerbliche oder sonstige Anlagen, wie aufgegebene Erholungsbauten, sollen zurückgebaut werden;
6. die landschaftsorientierte Erholungsnutzung soll durch geeignete Lenkungsmaßnahmen, wie die gezielte Ausweisung von separaten Wander-, Rad- und Reitwegen sowie von geeigneten Rastplätzen, gesichert werden;

7. die Einbindung von Ortsrändern und Einzelbauwerken in die Landschaft soll durch geeignete Gehölzpflanzungen verbessert werden;

§ 7 Befreiungen

Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde auf Antrag gemäß § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes Befreiung gewähren. Dies gilt auch im Falle der Versagung einer Genehmigung nach § 4 Abs. 2 und 3.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 39 Absatz 1 Nummer 2 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verboten des § 4 Absatz 1 zuwiderhandelt;
2. Handlungen nach § 4 Absatz 2 ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt;
3. den Maßgaben des § 5 Absatz 1 zuwiderhandelt.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können gemäß § 40 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes mit einer Geldbuße bis zu fünfundsechzigtausend Euro geahndet werden.

§ 9 Duldungspflicht, Verhältnis zu anderen rechtlichen Bestimmungen

(1) Die Duldung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die zur Ausführung der in dieser Verordnung festgelegten Schutz-, Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen und zur Verwirklichung des Schutzzwecks erforderlich sind, richtet sich nach § 65 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 25 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes.

(2) Soweit für den Bereich des Landschaftsschutzgebietes weitergehende naturschutzrechtliche Vorschriften bestehen, bleiben diese unberührt.

(3) Soweit diese Verordnung keine weitergehenden Vorschriften enthält, bleiben die Regelungen über gesetzlich geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne der §§ 17 und 18 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 29 Absatz 3 und 30 des Bundesnaturschutzgesetzes, über das Netz „Natura 2000“ im Sinne der §§ 33 und 34 des Bundesnaturschutzgesetzes über den Schutz und die Pflege wild lebender Tier- und Pflanzenarten im Sinne des §§ 37 bis 47 des

Bundesnaturschutzgesetzes sowie über Horststandorte im Sinne des § 19 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes unberührt.

§ 10 **Geltendmachen von Rechtsmängeln**

Eine Verletzung der in § 9 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes genannten Verfahrens- und Formvorschriften kann gegen diese Verordnung nur innerhalb eines Jahres nach ihrem Inkrafttreten schriftlich oder elektronisch unter Angabe der verletzten Rechtsvorschrift und des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, gegenüber dem für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Ministerium geltend gemacht werden. Das Gleiche gilt für Mängel bei der Beschreibung des Schutzzwecks sowie für Mängel bei der Prüfung der Erforderlichkeit der Unterschutzstellung einzelner Flächen. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur dann beachtlich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind und die Mängel in der Abwägung innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen geltend gemacht worden sind.

§ 11 **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt der Beschluss Nr. 7-1/65 für das Landschaftsschutzgebiet „Strausberger- Blumenthaler Wald- und Seengebiet“ des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) vom 12.01.1965 außer Kraft.
- (3) Gleichzeitig tritt der Beschluss Nr. 3-1/57 für den Landschaftsteil „Strausberger Wald- und Seengebiet“ des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) vom 08.02.1957 außer Kraft.

Potsdam, [Datum der Ausfertigung]

Die Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Hanka Mittelstädt